

# Die Neue Gesell- schaft 10

1979  
26. Jahrgang

---

*Verlag Neue Gesellschaft GmbH*  
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2  
Telefon (0 22 21) 37 80 21-25  
Postscheckkonto Köln 560 70-500  
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,  
Bonn, Nr. 10 11 35 06  
Druck: NVV Druck & Service 1 5300 Bonn 2

---

*Die Neue Gesellschaft* erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.  
Einzelheft 4,- DM, Jahresabonnement 42,- DM zuzüglich Versandkosten.  
Studentenabonnement gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 30,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag.  
Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

---

Im Bezugspreis sind 6 % Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreisliste Nr. 8

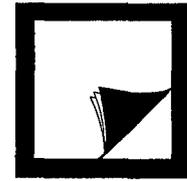
---

*Herausgegeben*  
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Willy Brandt  
Prof. Dr. Reimut Jochimsen  
Prof. Dr. Peter Lengsfeld  
Friedel Schirmer  
Prof. Dr. Carlo Schmid  
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm  
Heinz O. Vetter

*Redaktion:*  
Herbert Wehner (Chefredakteur)  
Hans Schumacher (verantwortlich)  
Anschrift der Redaktion:  
Godesberger Allee 143  
5300 Bonn 2  
Telefon 37 80 21-25

---

*Redaktionsbeirat:*  
Helmut Schmidt (Vorsitzender)  
Bruno Friedrich  
Dr. Werner Thönnessen  
Dr. Hans-Jochen Vogel



# INHALTS VERZEICHNIS

## Zum Inhalt

Es kann zweifelhaft sein, ob es ein gutes oder schlechtes Zeichen für die politische Entwicklung ist, daß die Redaktion der „Neuen Gesellschaft“ zum zweiten Mal in diesem Jahr Anlaß zu haben glaubt, sich – und vor allem die NG-Leser – mit dem Thema Sicherheits- und Entspannungspolitik zu beschäftigen. Ein gutes Zeichen ist zweifellos die im politischen Bereich sowohl im Osten wie im Westen inzwischen verbreitete Ansicht, daß der weiterhin sich beschleunigende Rüstungswettlauf nicht nur die jeweilige Sicherheit nicht erhöht, sondern sogar das Gegenteil bewirkt – nachgelesen werden kann dies mit einer ausführlichen Beweisführung unter anderem im vorliegenden Heft der „Neuen Gesellschaft“. Aber, und auch dies ist nachzulesen, der irrationale, aberwitzige und gefährliche Prozeß der Rüstungseskalation ist allein durch diese Erkenntnis noch nicht aus der Welt geschafft. Und vor Hoffnungen auf eine schnelle Umkehr der jeweils Verantwortlichen kann nicht genug gewarnt werden. Illusionen sind gerade in diesem Bereich nicht die geeignete Basis zur Veränderung der Realität in positiver, d. h. gefahrenmindernder Richtung.

Wenn es den Autoren dieses Heftes gelungen sein sollte, die eine oder andere Illusion zu beseitigen oder zu verhindern, bzw. wenn es geglückt sein sollte, den Bereich „Möglichkeiten für Entspannung und Abrüstung“ so zu beschreiben, daß die Probleme auch dem nicht militärpolitisch vorgebildeten Leser verständlich werden, so hätte nach Meinung der Redaktion NG 10/79 bereits seinen Zweck erfüllt. Wenn darüber hinaus auch deutlich wird, wie notwendig und dringlich Abrüstungsschritte in naher Zukunft sind, daß es in diesem Bereich nicht wie bisher weitergehen kann, ohne die Katastrophe zu riskieren, um so besser.

Selbstverständlich muß – auch zum zweiten Mal in diesem Jahr – die Redaktion um Nachsicht bitten, daß es ihr (und den Autoren) teilweise wiederum nicht geglückt ist, die behandelten Probleme in einer Sprache darzustellen, die für Laien verständlicher ist als die hier angewandte. Der Zaun der Fachbegriffe und spezialisti-

schen Verkürzungen scheint zum einen nicht überwindbar und zum anderen mit ein Grund dafür zu sein, daß die Abrüstungsproblematik in der allgemeinen Diskussion bislang auf wenige „Kenner“ beschränkt geblieben ist.

Im ersten Augenblick mag die Dokumentation der Reden Titos und Castros auf der Konferenz der Blockfreien in Havanna nicht direkt zum Schwerpunktthema dieses Heftes gehören, aber dieser erste Blick trägt: Der Gegensatz zwischen den beiden Weltmächten und ihren jeweiligen Blöcken, wie er seit 1945 in Europa allen bewußt ist, auch wenn es nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Bündnissen kam, setzt sich mehr oder weniger offen im Bereich der sogenannten Blockfreien auf die verschiedenste Weise fort, blutigste Kriege eingeschlossen. Denn selbst dann, wenn USA und UdSSR in Form von „Stellvertreterkriegen“ nicht miteinander konfrontiert sind, sehen sie doch jeweils ihre Interessensphäre berührt, wenn es zu Konflikten in der Dritten Welt kommt und werfen ihr politisches und militärisches Drohpotential zugunsten ihres „Schützlings“ in die Waagschale.

Insofern kann es unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit einer weltweiten Entspannung nicht gleichgültig sein, wenn die Organisation von Staaten der Dritten Welt, die sich zum Ziel gesetzt hat, unter der Fahne der Blockfreiheit gegen den oben geschilderten Mechanismus anzugehen, in Blöcke zerfällt. Bei aller angebrachten Skepsis gegenüber der allzu positiven Schilderung der Blockfreienbewegung durch Tito ist sicher richtig, daß Blockfreiheit (eine an der Praxis ausgerichtete Definition müßte Bücher füllen) die einzige Chance vieler Länder der Dritten Welt zu sein scheint, nicht in den Strudel der Auseinandersetzungen zwischen den Großen hineingezogen zu werden.

Der Artikel Bruno Friedrichs in NG 9/79 wird nicht formal, aber inhaltlich in diesem Heft fortgesetzt. Auch hier sind Reaktionen und Stellungnahmen (wie sonst auch) der Redaktion sehr willkommen.

Seite	Autor	Titel
844	Helmut Schmidt	Zum Tode Alfred Mozers
<b>Thema Sicherheits- und Entspannungspolitik</b>		
845	Herbert Wehner	Bereitschaft zur Realität
849	Hans Apel	Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle – Stand und Möglichkeiten
855	Alfons Pawelczyk	Keiner kann den militärischen Sieg über den anderen erringen
859	Johannes Altmeyen	Einige Aspekte der Debatte über nukleare Mittelstreckenraketen
869	Kalevi Sorsa	Sozialistische Internationale und Abrüstung
873	Leonid Samjatin	Auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden
875	Ernst-Otto Czempiel	Machtpolitik und Gesellschaftsordnung
879	Sven Papcke	Angst als Politik
882	Wilhelm Bruns	Ohne Vertrauen keine Abrüstung – Zum Konzept Vertrauensbildender Maßnahmen
888	Ulrich Albrecht	Die Bundesrepublik im Waffenhandel
891	Jürgen Wilhelm	Friedenspolitik ist auch Entwicklungspolitik
894	Erwin Horn	SIPRI-Jahresbericht 1979
898	Herbert Wulf	Fakten und Fiktionen über Militär und Rüstung
903	Dieter Dettke	Rüstungskontrolle als Aufgabe des Bündnisses
906	Gert Krell	Die Entwicklung des Sicherheitsbegriffs
910	Hans Günter Brauch	Mittelstreckenraketen und Rüstungskontrolloptionen
915	Peter Schlotter	Neue Impulse für die Entspannungspolitik – Ein Diskussionsbeitrag
919	Stephan Tiedtke	Die MBFR-Diskussion in der Sowjetunion
922	Herbert Stettner	Unsere Städte und der Frieden – Kommunalpolitik für Entspannung und Abrüstung
<b>Dokumentation</b>		
924	Josip Broz Tito	Rede auf der 6. Konferenz der Blockfreien in Havanna am 6. 9. 1979
928	Fidel Castro	Rede zur Eröffnung der 6. Konferenz der blockfreien Staaten am 3. 9. 1979
937		Antrag des Vorstandes des SPD-Bezirks Mittelrhein für den außerordentlichen Bezirksparteitag am 6. 10. 1979 in Leverkusen
942	Johannes Rau	Sechzig Jahre Weimarer Reichsverfassung
950	Bruno Friedrich	Es geht um die Zukunftsfähigkeit der SPD
952	Rudi Mews	AfA-Konferenz
954	Jörg Jordan/Rolf Praml/ Dietrich Sperling	Zehn Thesen zum Thema Entbürokratisierung der Verwaltung
958	Walther G. Oschilewski	Jugend ist ihr eigener Anfang – 75 Jahre deutsche Arbeiterjugendbewegung
961	Norman Birnbaum	Die USA und Europa – Beziehungen im Wandel
967		Leserbriefe
970		Kritik
976		Mitarbeiter dieses Heftes

## Wilhelm Bruns: Ohne Vertrauen keine Abrüstung Zum Konzept Vertrauensbildender Maßnahmen

---

*In den Erklärungen zum Wettrüsten, das jährlich über 410 Milliarden US-Dollar verschlingt, fällt immer häufiger das Stichwort „Mißtrauen“. Nicht wenige sprechen bereits von einem Teufelskreis des Mißtrauens: Gegenseitiges Mißtrauen verursacht Wettrüsten und gesteigerte Rüstungsanstrengungen erzeugen Mißtrauen. Die Aufmerksamkeit richtet sich bei der Frage, was getan werden müsse, auf den Abbau von Mißtrauen und den Aufbau von mehr Vertrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Verlangt werden generell mißtrauensabbauende Strategien und vertrauensbildende Maßnahmen.*

---

### Vertrauensbildende Maßnahmen stehen im Mittelpunkt

Die Gespräche und Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung verlagern sich immer mehr auf Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM). Auf der Suche nach erklärenden Gründen stoßen wir auf eine Beobachtung und eine Erkenntnis.

**Die Beobachtung:** Trotz intensiver Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowohl bilateral wie regional und multilateral (UNO) geht das Wettrüsten unvermindert weiter. Nach der jüngsten Analyse des Stockholmer Friedensforschungsinstituts werden täglich annähernd 2 Milliarden DM ausgegeben. Es scheint so, als seien die praktizierten Verhandlungsansätze, das Wettrüsten wirksam zu stoppen, nicht tragfähig genug. Die Vertrauensbildenden Maßnahmen verdanken ihre Popularität dieser Beobachtung.

**Die Erkenntnis:** Vertrauensbildende Maßnahmen sind die entscheidende Voraussetzung für wirksame Rüstungskontrolle und Abrüstung. „Abrüstung gibt es nur, wo Vertrauen besteht, und Vertrauen gibt es nur, wenn Sicherheit besteht. Vertrauen ist und bleibt die wichtigste Grundlage aller Bemühungen um Rüstungskontrolle. Rüstungskontrolle schafft aber auch das Vertrauen, das notwendig ist, damit schließlich Abrüstung erreicht werden kann.“ (Bundesverteidigungsminister Apel am 30. März 1979 vor dem Deutschen Bundeswehrverband in Timmendorfer Strand.)

– Angesichts der Schwierigkeit, zu raschen Fortschritten der internationalen Rüstungsbegrenzung zu gelangen, hält Bundeskanzler Helmut Schmidt, stellvertretend für andere Regierungschefs, eine Offensive

der Vertrauensbildung für notwendig und durchaus möglich (Rede am 26. Mai 1978 vor der Sondergeneralversammlung über Abrüstung 1978 in New York).

- Absehbar ist, daß der Schwerpunkt künftiger europäischer Rüstungskontrollverhandlungen bei den militärischen und nichtmilitärischen VBMs liegen wird.
- Frankreich hat eine europäische Abrüstungskonferenz vorgeschlagen, deren erste Stufe eine Konferenz über VBMs sein soll.
- Die UdSSR, die sich bislang „zurückhaltend“, um nicht zu sagen ablehnend verhalten hat, zeigt zunehmende Bereitschaft, über VBMs zu sprechen (Zustimmung zu einer entsprechenden Resolution [33/91 B] der 33. Generalversammlung der Vereinten Nationen), wenngleich berücksichtigt werden muß, daß die UdSSR einen weiteren Begriff von VBMs hat (Breschnew-Rede vom 2. 3. 1979 in Moskau).
- Im Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 14. und 15. Mai 1979 in Budapest wird eine Konferenz vorgeschlagen, die Vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem und rüstungsmäßigem Gebiet erörtern soll.
- In den Vereinten Nationen wird ausgehend von der von der Bundesrepublik initiierten Resolution 33/91 B seit 1978 über VBMs verhandelt.
- Auf der 2. KSZE-Nachfolgekonzferenz in Madrid (1980) werden die Vertrauensbildenden Maßnahmen zum zentralen Verhandlungsthema im „Korb 1“ werden (hier könnte eine Verknüpfung mit den Körben 2 und 3 die militärischen mit den nichtmilitärischen VBMs verbinden).
- Auf der seit 1973 laufenden MBFR-Konferenz in Wien werden rechtlich bindende Vereinbarungen über VBMs („begleitende Maßnahmen“) – zumindest von den beteiligten NATO-Staaten – angestrebt.

### Versuch einer Definition

Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) sind Maßnahmen, die auf Vertrauen gerichtet sind. Doch bei einer so banalen Feststellung bleibt die Frage, was heißt Vertrauen? Wie kann das Ziel, das den sogenannten VBMs zugrunde liegt, definiert werden? Unter Berücksichtigung der einschlägigen Lexika ist zunächst festzustellen, daß sich Vertrauen auf zwischenmenschliche Beziehungen bezieht. Psychologie, insbesondere Sozialpsychologie, und Soziologie arbeiten mit diesem Begriff, um soziale Situationen zu kennzeichnen. Vertrauen hat sehr viel mit Wissen, gegenseitiger Information und Berechenbarkeit des Verhaltens zu tun. Auf Vertrauen beruhende Beziehungen sind um so stabiler und berechenbarer, je mehr Wissen (Information) vorhanden ist. Vertrauensbildung ist also eine Resultante aus Informationsbereitschaft, aus Informationsmenge und -qualität.

Mit einem solchen Begriffsverständnis ließe sich auch Vertrauen als Aufgabe der internationalen Politik bzw. als zwischenstaatlicher Vorgang ansiedeln. Vertrauensbildende Maßnahmen sind solche, die das Wissen des anderen über das eigene Verhalten erweitern und dieses für den anderen kalkulierbar und durchsichtiger machen. Vertrauensbildende Maßnahmen sind also im wesentlichen eine auf Gegenseitigkeit beruhende Informations- und Kommunikationsaufgabe. Vertrauen ist keine fixe Größe, sondern ein dynamischer Vorgang, d. h. es bedarf eines kontinuierlichen Informations- und Kommunikationsaustausches zwischen allen Beteiligten.

Mißtrauen begünstigt die Fortsetzung des Wettrüstens. Ein durch adäquate Maßnahmen aufgebautes Vertrauen hilft, das Wettrüsten zu bremsen und zu wirklicher Abrüstung zu kommen. Dieser Satz, der sich durch zahlreiche Statements von Repräsentanten der einzelnen Staaten wie ein roter Faden zieht, mag verkürzt sein. Er behält aber als Formel einen gewissen Aussage- und Orientierungswert.

#### Warum Vertrauensbildende Maßnahmen?

Bei der Bewertung Vertrauensbildender Maßnahmen muß stets berücksichtigt werden, daß die VBMs keine isolierten Vorgänge sind. Sie stehen also nicht für sich, sondern sie erhalten ihre Bedeutung erst im Zusammenhang mit dem Ziel Rüstungskontrolle und Abrüstung. Sie ersetzen Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht, sondern sind lediglich die entscheidende Voraussetzung dafür und sollen diese bei der Umsetzung begleiten. Es kommt also stets auch bei den folgenden Darlegungen auf ihre instrumentale Bedeutung an.

Ziele der Vertrauensbildenden Maßnahmen sind die Vorhersehbarkeit eigener Politik und die Berechenbarkeit für die anderen, denn: „Je größer die Berechenbarkeit des politischen, übrigens auch des militärischen Verhaltens der Beteiligten ist, desto geringer ist die Gefahr akuter Krisen. Voraussetzung für die Berechenbarkeit ist Durchsichtigkeit der eigenen Politik, Plausibilität dessen, was man erstrebt. Zum Beispiel erstreben wir mehr Transparenz der militärischen Machtmittel, auch der rüstungswirtschaftlichen Machtmittel, weil nur dies den Fortschritt in der Bildung gegenseitigen Vertrauens ermöglicht. Das gilt für SALT, das gilt für MBFR.“ (Bundeskanzler Schmidt in seiner Rede am 9. März 1979 im Deutschen Bundestag.)

Es fehlt nicht an Vorstellungen und Vorschlägen, die sich unter die Überschrift Vertrauensbildende Maßnahmen bringen lassen. Der nachfolgende Überblick zeigt eine Vielzahl von Schritten, die mit dem Etikett „vertrauensbildend“ versehen sind und die im einzelnen daraufhin zu überprüfen sind, inwieweit sie tatsächlich Vertrauen bilden (Zieladäquanz von Maßnahmen), inwieweit sie praktikabel und zwischen den „Blöcken“ konsensfähig sind.

### Vertrauensbildende Maßnahmen

#### Absprachen in der KSZE-Schlußakte von 1975

- Vorherige Ankündigung von größeren Manövern der Landstreitkräfte (25 000 Mann und mehr)
- Austausch von Manöverbeobachtern
- Anregung, auch kleinere und andere Manöver sowie größere militärische Bewegungen anzukündigen
- Austausch und Besuche von militärischem Personal

#### Vorschläge auf dem KSZE-Folge treffen in Belgrad (1977/78)

#### Vorschläge der NATO und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)

- Vorherige Ankündigung von Manövern über 10 000 Mann
- Vorherige Ankündigung militärischer Bewegungen über 25 000 Mann mindestens 21 Tage vor Beginn
- Verbesserung der Einladungs- und Betreuungsmodalitäten für Manöverbeobachter
- Offenlegung und Vergleichbarkeit der Militärhaushalte

#### Vorschläge der Neutralen und Ungebundenen

- Ankündigung militärischer Bewegungen über 25 000 Mann sowie kleinerer Verbände in Grenznähe
- Offenlegung der Militärhaushalte
- Abzug aller ausländischen Truppen

#### Rumänien schlug vor

- Ankündigung von Manövern der See- und Luftstreitkräfte
- Ankündigung militärischer Bewegungen ab 25 000 Mann oder von kombinierten Manövern der See- und Luftstreitkräfte mindestens 21 Tage vor Beginn
- Einfrieren der Militärhaushalte
- Verbot multinationaler Manöver in Grenznähe
- Verbot neuer Militärbasen
- Verbot, Stationierungstreitkräfte zu verstärken

Das Kommuniqué der „Tagung des Komitees“ der Außenminister des Warschauer Pakts vom 15. Mai 1979 (Tagung in Budapest am 14. und 15. Mai 1979) enthält folgende „vertrauensbildende Maßnahmen“:

- Vertragsabschluß zwischen allen KSZE-Teilnehmern über ein Verbot des Ersteinsatzes von nuklearen und konventionellen Waffen;
- Erweiterung Vertrauensbildender Maßnahmen durch
  - a) Vorankündigung bedeutender militärischer Bewegungen im gleichen Gebiet;
  - b) Vorankündigung größerer Manöver der Luftstreitkräfte und der Seestreitkräfte;

- c) Nichterweiterung der militärpolitischen Gruppierungen in Europa;
  - d) Ausdehnung der Vertrauensbildenden Maßnahmen auf das Mittelmeer.
- Verstärkung der Sicherheitsgarantien für nichtkernwaffenbesitzende Staaten einschließlich des Verzichts auf Kernwaffeneinsatz gegen sie sowie Verzicht einer Stationierung auf ihrem Gebiet;
    - a) Reduzierung der Militärausgaben für zunächst drei Jahre;
    - b) Beseitigung von Militärstützpunkten auf fremden Territorien;
    - c) Errichtung kernwaffenfreier und Friedenszonen, darunter in Europa;
    - d) Auflösung von NATO und Warschauer Pakt.

In dieser Aufzählung darf die Bemerkung nicht fehlen, daß die Warschauer-Pakt-Staaten (mit Ausnahme Rumäniens) sich zunächst defensiv und ablehnend gegenüber der von den westlichen Staaten und den Neutralen initiierten Diskussion über Vertrauensbildende Maßnahmen verhielten. Die Ostblockstaaten öffnen sich inzwischen aber der Diskussion und nehmen an dieser durch eigene Vorschläge teil. Die Öffnung der Warschauer-Pakt-Staaten ist zum erstenmal dokumentarisch erfaßbar in dem Abschlußdokument der Moskauer Tagung des Warschauer Pakts vom November 1978 und in der Breschnew-Rede vom 2. März 1979. Erkennbar ist hier ein weiterer Begriff von Vertrauensbildenden Maßnahmen (die Sowjetunion wie die DDR verwenden auch den Ausdruck „vertrauensfördernde Maßnahmen“).

#### Manöverankündigung und Manöverbeobachtereinladung

Das bislang umfassendste Bezugsdokument, in dem Ost-West-Verhaltensregeln unter der Überschrift „Vertrauensbildende Maßnahmen“ formuliert sind, ist die Schlußakte von Helsinki (1975), die von 35 Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anerkannt worden ist. Für diesen Bereich liegen auch die ersten ausgewerteten Erfahrungen vor, die sich in einer ersten Übersicht so darstellen lassen: (siehe Tabelle S. 886).

#### Unterscheidung zwischen Vertrauensbildenden Maßnahmen und begleitenden Maßnahmen

Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) finden sich in der Schlußakte von Helsinki. Diese Maßnahmen haben sich im großen und ganzen bewährt, wenngleich festgestellt werden muß, daß nicht alle Manöver ab der vorgesehenen Ankündigungsgrößenordnung „zur Berücksichtigung“ freigegeben worden sind.

Von begleitenden Maßnahmen ist im Zusammenhang von MBFR (Wiener Verhandlungen über eine ausgewogene Truppenreduzierung in Mitteleuropa) die Rede. Die sogenannten begleitenden Maßnahmen finden sich bereits im gemeinsamen Kommuniqué zum Abschluß

der Vorbereitungskonsultationen zu den MBFR-Gesprächen vom 28. Juni 1973 (Geschäftsgrundlage). Die Staaten der NATO haben dieses Thema wiederholt in die internationale Debatte gebracht. Bei den begleitenden Maßnahmen stehen folgende Überlegungen im Vordergrund:

- Stärkung der Sicherheit in Europa durch bessere Vorausinformation und größere Berechenbarkeit militärischer Tätigkeiten;
- Bekräftigung der vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE-Schlußakte und Konkretisierung in einem rechtlich bindenden Verhaltenskodex;
- Erweiterung des Instrumentariums zur Krisenbewältigung und Konfliktverhinderung;
- Gewinn von Warnzeiten und schließlich
- Überprüfbarkeit von MBFR-Vereinbarungen.

Im Rahmen der MBFR-Verhandlungen in Wien konzentriert sich gegenwärtig die Aufmerksamkeit auf einen sogenannten amerikanischen Vier-Punkte-Plan. Der durch Pressemitteilungen bekanntgewordene Plan sieht erstens vor, daß die NATO und der Warschauer Pakt einander offiziell über jedes geplante Manöver unterrichten, an dem Truppen über die Stärke einer Division (10 000 bis 15 000 Mann) teilnehmen. Zweitens sollen die beiden Bündnisse formal ankündigen, zu welchem Zeitpunkt sie Einheiten innerhalb des MBFR-Raums einsetzen. Diese Einheiten dürften den Raum nur an bestimmten, abgesprochenen Punkten verlassen oder betreten. Drittens würden Inspektoren beider Seiten an den Ein- und Ausgangspunkten und auf dem Gebiet der Gegenseite eingesetzt, um zu verhindern, daß zusätzliche Truppenverstärkungen stattfinden. Schließlich sind viertens Aufklärungsflüge in „niedriger Höhe“ auf der Ost- und Westseite des Beobachtungsraums zur Vorwarnung gegen Überraschungsangriffe vorgesehen.

Es wird jedoch ausdrücklich hervorgehoben, daß dieser Vorschlag, der noch nicht von allen beteiligten NATO-Staaten voll akzeptiert wurde, das Verhandlungsziel (Herabsetzung der Truppenstärken) nicht ersetzen, sondern ergänzen soll.

Das Ziel der begleitenden Maßnahmen im MBFR-Rahmen ist eine zuverlässig kontrollierte und verbindlich geregelte Einschränkung der militärischen Bewegungsfreiheit.

#### Die Position und der Beitrag der Bundesrepublik

Die Bundesrepublik hat sich nicht nur im Rahmen von KSZE und MBFR, sondern auch im Rahmen der Vereinten Nationen mit eigenen Vorschlägen für die Ausarbeitung von Regeln zur Vertrauensbildung eingesetzt. Auf ihre Initiative hin hat die 33. Generalversammlung (1978) mit der Resolution 91 B einen wichtigen Schritt getan. Diese Resolution ist ohne Gegenstimmen angenommen worden.

In ihrem Bericht an den Generalsekretär der Vereinten

**KSZE**  
**Übersicht über die Anzahl der bislang durchgeführten**  
 – Manöverankündigungen  
 – Manöverbeobachter-Einladungen

Stand: Juli 1979

		Manöver- Ankündigungen		insges.	Beobachter- Einladungen	
		von Man. unter 25 000	über		ja	nein
1975	NATO	3	2	5	1	4
	WP	–	–	–	–	–
	N + N	1	1	2	1	1
	ges.	4	3	7	2	5
1976	NATO	4	3	7	4	3
	WP	2	3	5	3	2
	N + N	2	–	2	1	1
	ges.	8	6	14	8	6
1977	NATO	5	2	7	6	1
	WP	–	2	2	1	1
	N + N	3	–	3	1	2
	ges.	8	4	12	8	4
1978	NATO	2	4	6	4	2
	WP	–	3	3	1	2
	N + N	1	–	1	–	1
	ges.	3	7	10	5	5
1979	NATO	1	1	2	1	1
	WP	1	1	2	–	2
	N + N	–	1	1	1	–
	ges.	2	3	5	2	3
Ges.	NATO	15	12	27	16	11
	WP	3	9	12	5	6
	N + N	7	2	9	4	5
KSZE-Bereich				48	25	23

N + N = Neutrale und Nichtgebundene

ten Nationen (Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 4. 7. 79) nennt die Bundesregierung beispielhaft neun Maßnahmen, die dem Ziel verpflichtet sind, „eine schrittweise Verminderung von Mißtrauen und Furcht zu erreichen“:

- Einrichtung von „heißen Drähten“,
- Ankündigung von Manövern,

- Einladung von Manöverbeobachtern,
- Ankündigung militärischer Bewegungen,
- Austausch von Militärdelegationen,
- Angebot von Hilfe der Streitkräfte (Mannschaften und Ausrüstung) bei Naturkatastrophen,
- Zulassung von Korrespondenten der Partnerstaaten zu bestimmten militärischen Veranstaltungen,

- Einrichtung von Beobachtungsposten an geographisch wichtigen Punkten,
- Information über Verteidigungshaushalte.

Eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Vertrauensbildende Maßnahme überhaupt könnte ein regionales Abkommen sein, in dem sich die Länder eines bestimmten Gebietes verpflichten, ihre Verteidigungsbudgets zu veröffentlichen, und zwar so, daß die von ihnen für die Verteidigung aufgewendeten Beträge mit denen anderer Länder verglichen werden können.

In einigen Teilen der Welt könnten solche Abkommen schon heute möglich sein, weil die Budgets nicht geheim sind. Um Mißverständnisse auszuschließen, sollte in derartigen Abkommen klar vereinbart werden, daß indirekte Verteidigungsausgaben im Gesamtbudget ausgewiesen sein müßten. Positive Erfahrungen mit diesen Vereinbarungen könnten die Basis bilden für künftige Abkommen zur Kontrolle der Verringerung von Verteidigungsausgaben.

In der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde der 1976 erstmals auch unter Beteiligung der Bundesrepublik in Genf entstandene Bericht über die Definition und die Messung von Militärausgaben mit einer Mehrheit von 112 Ja-Stimmen bei nur 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Die Vollversammlung stimmte damit einem wichtigen Schritt auf dem Wege zur Vertrauensbildung und zur Abrüstung zu: Der Erprobung einer statistischen Tabelle, in die einige Testländer vorläufig noch freiwillig ihre Militärausgaben eintragen und damit zur Kontrolle offenlegen. Die Tabelle ist so gegliedert, daß es kaum möglich sein wird, Aufwendungen für das Militär zu verschleiern. Die neuen Tabellen für Militärausgaben sind so strukturiert, daß z. B. Zahlen, die in einer Rubrik verschwiegen werden, in einer anderen auftauchen müssen und dort erkannt werden können.

Obwohl die Sowjetunion 1976 ihre Mitarbeit in den internationalen Expertengremien der Vereinten Nationen zunächst einstellte und damit ihre eigenen Vorschläge desavouierte (10prozentige Reduzierung der Militärausgaben), sind die Verhandlungen anhand der vorliegenden Gutachten weitergelaufen.

Neben weitestgehend von der Einigung mit anderen Staaten abhängigen VBMs gibt es auch jene, die unilateral, also quasi von der Bundesrepublik im „Alleingang“ umgesetzt werden können und die Signalcharakter haben sollen. Hierher gehörte beispielweise die Verstärkung abrüstungspolitischer Planungskapazität und eine erkennbare Konversionsforschung (Umstellung der Wehrwirtschaft auf alternative zivile Produkte).

Wichtig ist der Hinweis, daß VBMs sowohl eine mili-

tärische wie auch eine nichtmilitärische Komponente haben. Nichtmilitärische VBMs sind z. B. der Abbau von Feindbildern in der schulischen wie außerschulischen Bildung oder das, was das Schlußdokument der Abrüstungs-Sondergeneralversammlung 1978 an Verhaltensforderungen enthält (Tenor: Informieren, statt zu desinformieren). Zu beachten ist hier auch die UNESCO-Satzung, wonach Kriege in den Köpfen der Menschen entstehen.

Bei den VBMs sollte auch an den ökonomischen Bereich gedacht werden. So ist durchaus vorstellbar, daß intensivere ökonomische Kooperationen zwischen Ost und West (etwa „joint ventures“, d. h. sogenannte gemischte Gesellschaften), wie sie etwa auch in der Schlußakte von Helsinki im sogenannten Korb II vorgesehen sind, zur Vertrauensbildung zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen beitragen können. Eine angemessene Verknüpfung der verschiedenen Körbe der Schlußakte von Helsinki könnte ein wichtiges Element in der Strategie Vertrauensbildender Maßnahmen sein.

**Vertrauensstrategie ist notwendig**

Wie wir gesehen haben, fehlt es nicht an Vorschlägen und Entwürfen. Das Dilemma: Die weitergehenden und besonders wirksamen VBMs, wie Transparenz der Verteidigungshaushalte oder die Einrichtung von ständigen Beobachterposten an geographisch wichtigen Stellen, sind zwischen Ost und West schwer durchsetzbar. Die Konsensfähigkeit von Entwürfen ist jedoch Voraussetzung für die Durchführbarkeit und Nützlichkeit vertrauensbildender Maßnahmen (begleitende Maßnahmen).

Bei der Umsetzung von VBMs sollte man behutsam Schritt für Schritt vorgehen. Behutsam deshalb, weil wir hier erst am Anfang der Überlegungen und Erfahrungen stehen. Die hier vorgenommene Aufzählung der verschiedenen Möglichkeiten Vertrauensbildender Maßnahmen bedeutet nicht, daß alle gleichzeitig umgesetzt werden können. Beim Plädoyer für Vertrauensbildende Maßnahmen sollte auch dem Mißverständnis vorgebeugt werden, daß Vertrauensbildende Maßnahmen als Ersatz für Abrüstung genommen werden könnten, sondern sie sind Voraussetzung für Abrüstung.

Es ist nicht nur wünschenswert, sondern auch realisierbar, daß die Vertrauensbildenden Maßnahmen Schritt für Schritt erweitert, aus der Freiwilligkeit herausgeführt und rechtlich verbindlich gemacht werden sollen. Dabei sollten vor der Kodifizierung von Vertrauensbildenden Maßnahmen jeweils die Erfahrungen abgewartet werden.